

# Der Finanzausgleich auf dem Prüfstand

Diskussion mit Kommunalpolitikern, Bürgermeistern und Landtagsabgeordneten

**Fast drei Stunden diskutierten über 30 Thüringer Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und interessierte Bürger auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Landtag die aktuelle Situation der kommunalen Haushalte im Freistaat Thüringen. Im Mittelpunkt stand dabei der kommunale Finanzausgleich.**

„Die kommunalen Hilfspakete der vergangenen Jahre machen deutlich, dass etwas mit dem seit 2013 geltenden Thüringer Finanzausgleichsgesetz nicht stimmt. Es ist schlicht auf eine andere kommunale Struktur ausgerichtet“, sagte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, eingangs der Veranstaltung.

Er informierte über das kürzlich vom Landtag mit den Stimmen der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen beschlossene Kommunalfinanzübergangsgesetz, mit welchem die Kommunen in Thüringen im Jahr 2015 zusätzlich über 102 Millionen Euro vorrangig für Investitionen zur Verfügung gestellt bekommen.

Zudem kommen die von der alten Regierung zugesagten – aber nicht haushalterisch unteretzten – 30 Millionen Euro Bedarfszuweisungen und drei Millionen Euro Winterdienstkosten hinzu. Daneben stehen in diesem Jahr den Thüringer Kommunen 1,853 Milliarden Euro Finanzausgleichsmasse zur Verfügung.

Frank Kuschel informierte bei der Veranstaltung im Landtag darüber, dass die Landesregierung beschlossen hat, den Kommunen in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 1,9 Milliarden Euro Finanzausgleichsmasse jährlich zur Verfügung zu stellen. Verbun-

den ist das mit einer umfassenden Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA).

Dabei geht es laut Frank Kuschel insbesondere darum, Anreize zur Erhöhung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der kommunalen Strukturen zu schaffen. In Thüringen weisen von den gut 840 Gemeinden 571 eine Einwohnerzahl unter 1000 auf, nur 123 Gemeinden verfügen über mehr als 3000 Einwohner.

„Da kann man nicht mehr Leistungsfähigkeit sprechen“, so die feste Überzeugung des LINKEN Kommunalexper-

Andreas Gliesing (Christliche Mitte/Gewerbeverein), Bürgermeister der Stadt Ranis, machte in der Diskussion deutlich, dass das Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 für den Haushalt seiner Kommune ein sehr wichtiger Bestandteil ist.

Klaus Bohl (Freie Wähler), Bürgermeister in Bad Salzungen, würdigte in seinem Beitrag den Umstand, dass vor der geplanten Reform des KFA kommunale Akteure in die Diskussion einbezogen werden. Insbesondere unterstützte er den Vorschlag zur stärkeren Berücksichtigung von Kurgästen. So



ten. Vorschläge zur Reform des KFA liegen auf dem Tisch. So soll die sogenannte Einwohnerveredelung künftig bei Gemeinden ab 5.000 Einwohner beginnen, die von Kindern unter sechs Jahren von 4,5 auf sechs Einwohner und die von Bedarfsgemeinschaften nach SGB II könnte von acht auf zwölf Einwohner gehoben werden.

Vorstellbar ist auch eine stärkere Berücksichtigung von Flüchtlingen, Kurgästen und Studenten in den Gemeinden. Das ist nur ein Teil der zahlreichen Vorschläge, die nunmehr in den kommenden Wochen diskutiert werden müssen.

befänden sich von 19 Kurorten in Thüringen 18 in einer prekären Haushaltslage.

Für Frank Persike (DIE LINKE), Bürgermeister der Stadt Bad Blankenburg, liegen die Probleme der kommunalen Haushalte in Thüringen vor allem in der Geschichte begründet, welche insbesondere die CDU zu verantworten habe. Diesen Problemberg müsse nunmehr die neue Regierung Stück für Stück abtragen. Die KFA-Reform wird im Herbst im Landtag diskutiert, um dann ab dem 1. Januar 2016 zu gelten.

Matthias Gärtner

## Psychotherapeuten

„Die prekären Ausbildungsbedingungen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen nicht länger ignoriert werden“, sagte MdL Christian Schaft anlässlich des Protests in Jena. Dringender Handlungsbedarf bestehe u.a. bei der Frage nach einer angemessenen Bezahlung praktischer Tätigkeiten, wie sie derzeit im Psychotherapeutengesetz vorgesehen sind. Problematisch sei vor allem, dass nach derzeitiger gesetzlicher Regelung Personen in der Ausbildung nicht den Status von Praktikanten haben und auch keine Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz darstellen. Damit entstehen ihnen erhebliche Nachteile bei der Vergütung sowie bei Vertretung ihrer Interessen.

## Ehe

Die rot-rot-grüne Landesregierung strebt die völlige Gleichstellung homosexueller Paare mit der klassischen Ehe an, das Kabinett hat dazu eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes beschlossen. „Das bahnbrechende Referendum in Irland zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare muss auch für die Gleichstellungsdebatte in Deutschland als Ansporn genutzt werden“, hatte auch Karola Stange gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärt. „Die Gesellschaft ist längst weiter als die Politik“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow gegenüber der Presse. „Die Ehe muss für alle geöffnet werden“. Es würden keine halben Lösungen gebraucht.

## Tourismus

Die guten Ergebnisse der Tourismusentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres belegten die klare Schwerpunktsetzung beim Tourismus durch die Landesregierung, so MdL Knut Korschewsky. Nun gelte es, „weiter in die Qualität des Tourismusangebots zu investieren. Zugleich ergeben sich so auch die notwendigen Spielräume für die erfolgreiche Umsetzung des Mindestlohns in der Branche. Dabei muss der Freistaat weiter darauf achten, dass Tourismus als ganzheitliches und landesweites Angebot entwickelt wird. Hier müssen insbesondere Kooperation und gemeinsame Lernprozesse initiiert werden“. Besondere Bedeutung komme dem Auslandsmarketing zu, sagte der Tourismuspolitiker.

## VON A BIS Z:

### Tierhaltung

„Mit ihrem Antrag mit dem demagogischen Titel ‚Schweinehaltung Ideologiefrei – Tierwohl: Ja. Behördenaktionismus: Nein‘ erweist die CDU-Fraktion den tierhaltenden Betrieben einen Bärendienst“, sagte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Sprecherin für Agrarpolitik der Linksfraktion, zur Landtagsdebatte am 29. Mai. „Denn wenn bei Kontrollen festgestellt wird, dass sich Sauen in Kastenständen wund-scheuern, dann müssen solche Missstände schon aufgrund des Tierschutzgesetzes, aber doch auch aus Mitgefühl für die Tiere, abgestellt werden.“ Zu behaupten, dass die ganz offensichtlich zu kleinen Kastenstände trotzdem den Mindestvorgaben entsprechen und deshalb nicht beanstandet werden dürften, sei sowohl Ausdruck eklanten Fehlens von Mitgefühl, als auch für eine Verdrehung der Gesetzeslage. Der Vorstoß der CDU führe auch Landwirte in die Irre. Denn Tierschutzverstöße müssten abgestellt werden, „sie sind kein Kavaliärsdelikt, sondern bringen eine ganze Branche in Verruf“.

„Zu lange ist in diesem Bereich zu wenig geschehen. Den Kontrollbehörden nun in die Parade zu fahren, weil sie ihre Pflicht erfüllen, ist einfach nur kontraproduktiv. Die Erhöhung des Tierwohls wird die Tierhaltung voranbringen und wird sich auch in mehr Akzeptanz der Branche niederschlagen“, ist sich die Agrarexpertin sicher. „Und darum muss es uns doch allen gehen: Eine nachhaltige Tierhaltung als Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft voranbringen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der Sommerpause finden in der Zeit vom 17. bis 19. Juni sowie vom 8. bis 10. Juli statt.

### Tag der offenen Tür:

Zu seinem Tag der offenen Tür lädt der Thüringer Landtag am Samstag, den 13. Juni, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr ein. Die Linksfraktion präsentiert sich wieder mit ihrem Informationsstand vor dem Landtageingang sowie mit einem Café in ihrem Fraktionssitzungsraum „Käte-Duncker-Saal“.

Weitere Informationen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)